



## Deutschlands Sicherheit und eine neue Führer.in Partei

**Dr. Klaus Olshausen**

**September 2024**

### Zusammenfassung

---

Die letzten beiden Landtagswahlen zeigen, dass man heute mit populistischen Forderungen zur Sicherheit und Freiheit Europa, die beides gefährden, als neue Partei zweistellige Wahlergebnisse erzielen kann.“ Keine Waffen für die Ukraine“ opfert die Ukraine dem Diktator Putin und „keine weitreichenden Marschflugkörper in Deutschland“ entlockt Putin gewiss ein breites Grinsen. Saha Wagenknecht ist zu intelligent, als zu glauben, sie könne mit ihren Zielsetzungen irgendetwas für eine unabhängige Ukraine erreichen – wenn sie dies denn überhaupt wollte. Vielmehr gaukelt sie den Zuhörern und Wählern vor, einen „Frieden“ zu schaffen mit der Übergabe der Ukraine an Putin. Dann können die Bürger sich wieder auf sich selbst konzentrieren, ja „in Frieden gelassen werden“.

Ohne Zaudern muss überzeugendes Handeln aller für Selbstbestimmung und Freiheit – gerade auch der Ukraine – nicht nur dieser toxischen Mischung endlich die Grundlage entziehen, sondern vor allem politisch und militärisch einen fairen Frieden für die Ukraine und für Europa erkämpfen, ein Europa, das alle in der Charta von Paris 1990 als großes Ziel gesetzt hatten.

### ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen setzen einen neuen Maßstab einer verstörenden Entwicklung der letzten Jahre mit dem massiven Anwachsen der AfD und zusätzlich im rasanten Aufstieg einer neuen Partei, die sich als Bündnis, ja Bewegung, unter einer Führer.in zeigt und zeigen will. Strikte Hierarchie und das Führerprinzip sind ein Markenzeichen dieses Bündnisses. Denn Sahra Wagenknecht macht die Ziele ihrer Obsession, die weit oberhalb der Landespolitik zu bewältigen sind, zur Voraussetzung jeder vernünftigen Sachpolitik für Thüringen und Sachsen:

Erstens, die sofortige Einstellung der Waffenlieferungen für die Verteidigung der Ukraine und zweitens, keine Stationierung von amerikanischen Marschflugkörpern in Deutschland die, so Wagenknecht, die Kriegsgefahr erhöhen, die aber zur Abschreckung einer russischen Bedrohung gerade friedensfördernd sein werden. Das wird dann noch in verführerischer Weise mit der Aussage versehen, dass (nur) so die Waffen schweigen und Frieden erreicht werden kann.

Beide Vorhaben beinhalten Zielsetzungen, die der imperialen Politik Putins dienen, wenn sie nicht sogar als vorgegeben einzuschätzen sind. Und das zweite Ziel ist auch noch ein plakativer Ausdruck ihrer seit langem bekannten antiamerikanischen Grundeinstellung. Das Wort „Frieden“ trifft bei der deutschen Bevölkerung natürlich auf offene Ohren und Aufgeschlossenheit. Denn wer ist gegen Frieden, genauso wenig, wie jemand für den Atomtod ist.

Sie bedient Sorgen, ja Ängste von Menschen, vor einer Ausweitung des imperialen Krieges (ohne vom Aggressor den Rückzug zu fordern) und unterstellt dann noch der Stationierung der amerikanischen Marschflugkörper ab 2026, die eine Lücke gegen die massive Überlegenheit Russlands mindern soll, eine „Kriegstreiberei“, ohne auch nur zu erwähnen, dass Russland seit Jahren derartige Waffensysteme – auch mit Atomsprengköpfen und weitere Raketen – gegen die NATO-Staaten, einschließlich Deutschland richtet, auch aus der Exklave Kaliningrad.

Alle Vorwürfe Putins und seiner Regime-Elite gegen Deutschland und andere westliche Staaten, insbesondere gegen die USA, werden oft kritiklos übernommen. Damit dient das Bündnis unter der strikten Führung von Sahra Wagenknecht wohl wissentlich dem hybriden Krieg Putins, den „kollektiven Westen“ zu destabilisieren, einzuschüchtern und dann zur Erpressung und letztlich zum Angriff überzugehen.

Natürlich verurteilt Sahra Wagenknecht den Angriff auf die Ukraine, den sie noch am 21. Februar bei Anne Will als von den USA herbeigeredet bezeichnet hat. Als Putin dann am 24. Februar losschlug, war der Angriff von den USA provoziert. Diese Grundhaltung hat sie beibehalten. Mit ihrer Eloquenz gelingt es ihr in vielen Diskussionen und Reden auf den Marktplätzen, aus dem brutalen Aggressor Putin ein Opfer und aus den Unterstützern der angegriffenen Ukraine Täter zu machen.

Insofern erfüllt sie in fataler Weise die Aufgabe einer modernen „Rattenfängerin von Hameln“. Mit Sirenenklängen, die alle deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen konterkarieren, lockt sie die Zuhörer ihrer Tiraden und Leser ihrer Pamphlete in eine Lösungs-Wolke, in der eine von Russland unterjochte Ukraine und ein raketenfreies Deutschland den sorgenvollen Deutschen einen Frieden suggeriert, der ihnen die Rückkehr in die gewohnte Wohlfühlzone geben wird und auch dem Opfer Russland sein aus ihrer Sicht legitimes „Einflussgebiet“ überantwortet. Faktum: die Ukraine ist uns egal. Sie gehört nicht in die EU und die NATO. Man kann nur annehmen, dass dem imperialen Herrscher Putin und seinem System Vorzug gebiert vor den Verbündeten Nordamerikas.



Sahra Wagenknecht ist zu intelligent, als zu glauben, sie könne mit ihren Zielsetzungen irgendetwas für eine unabhängige Ukraine erreichen – wenn sie dies denn überhaupt wollte. Vielmehr gaukelt sie den Zuhörern und Wählern vor, einen „Frieden“ zu schaffen, der nach dem Waffenstillstand und der faktischen Übergabe der Ukraine in die grausame Macht des Kremls den Deutschen ermöglicht, sich wieder auf sich selbst zu konzentrieren, sozusagen in Frieden gelassen zu werden.

Aber dieser Frieden ist toxisch. Erstens basiert er auf den illegitimen Zwecken der Landnahme und der politischen Übernahme des zweitgrößten Landes Europas und zweitens will dieser Frieden und diejenigen, die einen solchen Weg vertreten, nicht zur Kenntnis nehmen, geschweige denn zur Grundlage ihrer geopolitischen Beurteilung machen, dass die imperialen Zwecke von Putin und seinem Regime deutlich über die Ukraine hinausreichen. Putin und seine Getreuen haben das alles offengelegt. Wer also diesen toxischen Frieden anstrebt oder gar durchsetzt, belohnt nicht nur einen Aggressor, sondern wird neben der hybriden Bedrohung auch die militärische Gefahr unmittelbar vor seinen Grenzen erleben – mit dann weit höheren Kosten für Staat und Gesellschaft.

Deshalb wird es Zeit, dass die Politik der NATO- und EU-Staaten sowie der Partner den fairen Frieden für legitime Zwecke nicht nur in wohltönenden Deklarationen vorträgt. Selbstbestimmung und Freiheit verlangen deshalb in allen Bereichen mehr Druck auf Russland, politisch, wirtschaftlich mit lückenlosen Sanktionen, schneller und massiver militärischer Hilfe für den Überlebenskampf der Ukraine und alle Maßnahmen, um mit finanzieller und humanitärer Unterstützung die Ukraine als Staat und seine Menschen handlungsfähig zu halten. Das bedeutet, erst die Erkenntnis der Unwahrscheinlichkeit eines Erfolgs oder gar Sieges und ein nicht zu verkraftender Preis für sein Land kann in Russland – und bei Putin – das Motiv zu einem fairen Frieden schaffen. Russland wird dann als Land in seinen anerkannten Grenzen die Chance haben, den Weg zurück in ein freies, geeintes und friedvolles Europa zu beginnen.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



## Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Klaus Olshausen*